

den die Völker gegen das jüdische Volk hegen. Denn zum Unterschied von anderen Völkern lebt es unter anderen Bedingungen als diese. Nach dem Untergang des Staates existierte es als geistige Nation fort, erschien den anderen aber als unheimliche, geisterhafte Gestalt eines Toten, der unter den Lebenden wandelt. Das Verhängnisvolle in der jüdischen Geschichte lag ihm daran, daß wir weder sterben noch leben können. Und da der Jude nirgends zu Hause ist, wurde er nirgends als Einheimischer betrachtet und geachtet. So waren wir den Völkern unverständlich und daher verdächtig und gehaßt. Das alleinige Heilmittel sah Pinsker darin, daß wir irgendein Land – nicht gerade Erez Israel – für uns finden. Wie können wir uns nun das, was sich in diesen Wochen in der Welt abspielt, erklären, nachdem wir „normal“ geworden sind? Vor allem sind es Jugendliche, die die Ausschreitungen begehen, solche, die zum Teil nie einen Juden gesehen haben und auch die Nazis oft nicht mehr kennen. Sind es nur Ausschreitungen von Halbstarken wie oft angenommen wird, oder sind es die verschwindenden Überreste einer dunklen Vergangenheit vor ihrem völligen Untergang? Man würde es sich zu leicht machen, wenn man es bei diesen Erklärungen, die alle richtig sein mögen, bewenden ließe. Immer wieder rief man den Juden nach, sie sollten nach Palästina ziehen, denn man wußte ja, daß sie kein eigenes Land haben und auch dort nicht zu Hause sind. Plötzlich vernehmen wir dieselben Rufe, obwohl man weiß, daß die Juden, wenn sie wollen, tatsächlich in ihr Land zurückkehren können. Und das ist das Neue.

Der *Judenhaß* ist so alt wie das jüdische Volk selber. Schon Pharao fürchtete sich vor ihrer Macht, und auch Haman empfand tief seine Fremdheit und sein völliges Anderssein, als Mordechai sich vor ihm nicht beugte, obwohl die Juden damals ihr eigenes Land hatten, wenn sie auch unter den Völkern verstreut waren.

Besonders aber in der *Metropole* der damaligen herrschenden Kultur, in Alexandrien, finden wir noch vor der Entstehung des Christentums einen tiefen Haß gegen das jüdische Volk. Fast alle Argumente, deren sich seine Feinde in verschiedenen Epochen bedienten, haben dort ihren Ursprung. Man behauptete, die Juden seien die Feinde der Menschheit, sie hielten eng zueinander, verschwören sich gegen alle anderen und scheuen sich nicht davor, auch Menschen zu schlachten und als Opfer darzubringen. Sie seien aus Ägypten vertrieben worden, weil sie an ansteckenden Krankheiten litten, und, um sich zu rächen, erfanden sie die sie von allen anderen absondernden Gebote. Nun aber hatten auch damals die Juden einen eigenen Staat, sie waren als tapfere Soldaten bekannt, die größten Feldherren mußten gegen sie gesandt werden, um sie zu unterwerfen. Der Haß entsprang aber, wie wir heute wissen, nicht so sehr wirtschaftlichen Gründen, obwohl auch solche mitspielten, sondern der Erkenntnis des geistigen Andersseins und einer dunklen Empfindung einer geistigen und religiösen Überlegenheit. Man konnte sich nicht vorstellen, daß sie einen Gott verehren, den man nicht sieht, und daher stehe – sagte man – in ihrem Allerheiligsten ein Esel, den sie vor allen verbergen. Man hatte zugleich große Angst vor ihnen, denn das Judentum übte damals eine starke Anziehungskraft auf Massen anderer Völker aus, und gerade auf die vornehmeren Schichten. So wurde das Judentum als eine die kulturellen und religiösen Grundlagen bedrohende Kraft empfunden.

Auch im *Mittelalter* haßte man die Juden und erniedrigte sie. Doch fast immer hatten sie die Wahl, ihr Leben zu retten, Christen zu werden, als Gleichberechtigte und in Ehren in die Gesellschaft aufgenommen zu werden. Und gerade aus der Erkenntnis dieser freien Entscheidung heraus entschieden sie sich und opferten ihr Leben. Denn sie sahen sich als die eigentlichen Träger Gottes in der Welt, die sich in ihrer großen Mehrheit ihm versagt. Diese ihre Bestimmung war für sie auf die gesamte Menschheit gerichtet. Sie verachteten die Idole der anderen Völker.

Im Gegensatz zu ihnen hatten die Juden, die von den Nazis

zur Vernichtung geführt wurden, keine Wahl. Hitler haßte sie bedingungslos, denn er haßte das Judentum, und dieser seinesgleichen nicht findende Haß war satanisch. In den Gesprächen mit Rauschning, einem Buch, das noch vor Kriegsausbruch erschien, und das die künftigen Welteroberungspläne der Nazis enthielt, erläuterte er seine Haltung zu den Juden. Es gäbe zwei Arten von Menschen: den Arier und den Juden, und zwischen beiden gäbe es keinen Ausgleich. Auch das Christentum sei nur eine Schöpfung des Judentums. Die Tafeln sollten zerbrochen werden, denn die zehn Gebote hätten keine Geltung mehr, statt ihrer würden von nun an andere Gesetze in Wirksamkeit treten. Auch das Gewissen sei eine jüdische Erfindung. „Wir brauchen keine Menschen, die nach dem Himmel blicken, sondern solche, die wissen, daß sie Gott in ihrem Herzen tragen.“ Die Juden seien ihm sehr nützlich, da die antisemitische Propaganda ihm half, in alle Völker einzudringen und die bestehenden Ordnungen zu unterwühlen. „Wenn es keinen Juden gäbe, müßte man ihn erfinden. Denn wir brauchen einen Feind, den man sieht... Die Kirche hatte den Satan, gegen den sie kämpfte, für uns ist dies der Jude.“ Ihm kündete er den Kampf bis auf den Tod an. Zwei Welten stehen sich hier gegenüber: der Mensch Gottes und der Mensch Satans. Der Jude sei die Schöpfung eines anderen Gottes. Daher sind beide einander völlig entgegengesetzt und fremd.

So sah Hitler die Juden. Dieser Haß ist nicht seine Erfindung, wenn er ihn auch unerhört verstärkte. Dieser Haß besteht von Volksbeginn an, von dem Augenblick an, zu dem Abraham die Volkswendung verkündet wurde, aber mit ihr auch die zukünftige lange Knechtschaft. Die Bestimmung, die das Volk auf sich nahm und in seinem Leben durchführte, führt bei anderen Völkern dazu, es auszustoßen, obwohl – oder gerade weil – viele sich von ihm angezogen fühlten. So bildeten die Juden, wie Jehuda Halevi einst zeigte, den Prüfstein für das sittliche Befinden der gesamten Menschheit.

Die polare Beziehung zwischen den Juden und den Völkern endete nun nicht einfach mit der Staatsgründung und mit dem potentiellen Ende der Galuth, wie es uns die zionistischen Theorien lehrten. Der *Judenhaß* ist auch nicht das Privileg eines Volkes, wie wir es immer wieder sehen, sondern er tritt einmal in diesem, ein anderes Mal in jenem Volke stärker auf. Dieses Phänomen ist seinem Wesen nach universal, weil der Kampf auch geführt wird gegen Werte, die auf das Allgemein-Menschliche gerichtet sind. Daher findet man heute die Hakenkreuze auf Synagogen und auf Kirchen. Der *Judenhaß* ist heute keine Massen-Erscheinung, auch die ihn bekämpfenden Kräfte sind heute naturgemäß viel stärker als früher. Aber daß die Rufe gegen die Juden spontan und organisiert in allen Ecken der Welt auch heute vernommen werden, zeigt, daß der *Judenhaß* noch da ist, daß aber das, wogegen er gerichtet ist, noch besteht, vielleicht ohne das Zutun, ja sogar gegen den Willen der Juden selber, jedenfalls in ihrer Mehrheit.

12/2) Die antijüdischen Sudel-Demonstrationen

Als in der Weihnachtszeit 1959 an die neue, erst im vorigen Jahr errichtete und in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Adenauer ihrer Bestimmung übergebene Synagoge in Köln ein Hakenkreuz mit antijüdischer Parole geschmiert worden war, löste der erschreckende Vorfall ebenso eine Welle von ähnlichen Hakenkreuz-Sudeleien in vielen Städten Deutschlands und des Auslandes aus, wie auch eine Welle der Empörung und des Abscheus. Die Fakten selbst sind bekannt und brauchen im einzelnen hier nicht mehr aufgezählt zu werden. Die Kölner Synagogenschänder wurden dank der Wachsamkeit der Bevölkerung und dem schnellen Handeln der Polizei rasch gefaßt und verurteilt. Ähnlich geschah es in weiteren Städten, anderwärts wiederum wurden die Täter nicht erwischt.

Wichtiger erscheint es, nachdem die Welle abgeklungen ist – aber wer weiß, wann und ob eine neue kommt –, nach den

Ursachen zu forschen. Das Überraschende war, daß die Täter meist junge Leute waren, die kaum mehr die antisemitische Hitler-Propaganda selbst bewußt erlebt haben und vielleicht überhaupt keine Juden mehr kennen. Die Frage ist, wer sie angeleitet hat, wer den Haß in sie gesät hat, ob es sich um vereinzelte Erscheinungen, um kleine Gruppen handelt oder ob die Sudeleien in aller Welt zentral gesteuert waren und von wem. Wenn man auch zugeben muß, daß im Gefolge der Kölner Untat viele Nachahmungen nur aus Lausbuberei, aus Geltungstrieb oder aus Lust, andere zu ärgern, geschehen sind, und wenn auch sicher politische Kräfte, die der deutschen Bundesrepublik schaden wollen, die Schmierereien dafür ausnutzten, so machten es sich doch manche Kreise zu leicht in der Beurteilung. Die wirklichen Fälle wurden oft verharmlost als reine Einzelercheinungen, oder man machte dafür einfach die kommunistische, ostzonale Propaganda verantwortlich. Aber es dürfte nicht übersehen werden, wie die Tatsache einer solchen Welle doch plötzlich aufgedeckt hat, daß der Antisemitismus noch existiert, daß in den Abgründen noch – wenigstens bei manchen Leuten – die alten, verbrecherischen Schlagworte wohnen, und daß, wenn den tieferen Ursachen nicht energisch nachgegangen wird, all dies plötzlich wieder virulent werden kann. In der Tat war die Reaktion auf die abscheulichen Vorfälle bei allen Einsichtigen die Forderung, Fehler und Mängel in der Aufklärung, vor allem der Jugend, über die Judenverfolgungen im Dritten Reich abzustellen, ehemalige Nationalsozialisten aus führenden politischen Stellungen, den Schulen und der Justiz zu beseitigen, soweit sie sich dort eingenistet haben, und alles zu tun, um jedes Aufleben des Rassenhasses energisch zu bekämpfen. Auch die Frage nach einem verschärften gesetzlichen Schutz für die Juden tauchte auf, ist aber umstritten, da Sondergesetze für die Juden höchst problematisch wären¹. Im „Rheinischen Merkur“ (8. Januar 1960) schreibt P. W. Wenger dazu:

„Kein Strafgesetz, keine Polizei und kein Ausnahmenschutz kann die jüdischen Mitbürger vor Exzessen schützen, wenn die Attentäter mit der stillen Duldung oder gar Billigung durch die Mehrheit der Bevölkerung rechnen dürfen. Das „Kölner Ereignis“ von 1959 hat aber die umgekehrte Reaktion gezeigt: die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist zum aktiven Schutz ihrer jüdischen Mitbürger entschlossen und wird den Sudelpolitikern die falsche Gefolgschaft verweigern.“

Die deutsche Öffentlichkeit reagierte mit Heftigkeit gegen die antisemitischen Kräfte durch öffentliche Demonstrationen (wie in Berlin und Hamburg), durch Proteste in Presse und Rundfunk, durch Verlautbarungen und Maßnahmen staatlicher und kommunaler Behörden, der Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Studentenorganisationen, durch scharfe Verurteilungen der Universitätssenate und nicht zuletzt durch gerichtliche Urteile gegen die Täter, aber auch durch eine sehr breite und weite Diskussion über die Frage nach den Ursachen und Mitteln, diese zu bekämpfen. Der deutsche Bundestag war einmütig in der Verurteilung der Schandtaten. Aber eines ist sicher: es muß mehr getan werden, um jedes Aufkommen eines neuen Antisemitismus zu verhindern.

Wir lassen hier, ohne auf die längst bekannten Einzelheiten einzugehen, einige Dokumente und Äußerungen folgen:

1000 Vorfälle

Dr. M. L. Perlzweig (New York), der Vertreter des Weltkongresses bei den Vereinten Nationen, berichtete der Konferenz, daß nach der ersten vorläufigen Übersicht durch das Kongreß „Institute of Jewish Affairs“ nicht weniger als 1000 anti-jüdische Vorfälle aus 243 Hauptstädten und Städten in 34 Ländern berichtet werden, seitdem das Hakenkreuz in Köln

erschien, und zwar in vielen Orten, in denen man niemals vorher von Juden gehört hatte.

(Aus: Bulletin Nr. 749. World Jewish Congress [London, 28. 1. 1960].)

Bundeskanzler Dr. Adenauer zu den antisemitischen Vorfällen

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer gab am Samstag, 16. Januar über Rundfunk und Fernsehen zu den antisemitischen Vorfällen der letzten Wochen nachstehende, im In- und Ausland stark beachtete Erklärung.

„Die Schändung der Synagoge in Köln, übrigens einer Synagoge, an deren festlicher Einweihung ich als Bundeskanzler vor wenigen Monaten teilgenommen habe, die von denselben Tätern in der gleichen Nacht vorgenommene Schändung des Gedenksteines für die Opfer des Nationalsozialismus haben bei uns in Deutschland eine Welle der Empörung gegen die Täter, in manchen anderen Ländern eine Welle von Haß gegen die Deutschen überhaupt, insbesondere gegen das heutige Deutschland hervorgerufen. Dazu möchte ich Ihnen, meine Zuhörerinnen und Zuhörer im In- und Auslande, einige Worte sagen. Ich erachte mich als besonders befugt dazu... Als ich Bundeskanzler geworden war, habe ich mit ganzer Kraft mich eingesetzt für das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel. Ich wollte damit vor der ganzen Welt kundtun, daß das heutige Deutschland den Antisemitismus von Grund auf ablehnt.

Was in Köln an der Synagoge und an dem Denkmal geschehen ist, ist eine Schande und ein Verbrechen. Die Bundesregierung, für die ich spreche, hofft, daß die Organe der Justiz mit aller Schärfe hiergegen vorgehen.

Die Vorfälle, die dann folgten, bei uns wie auch in anderen Ländern, sind fast ausschließlich Fliegeleien. Sie müssen, soweit strafbare Handlungen vorliegen, verfolgt und gesühnt werden. Aber sie scheinen in den allermeisten Fällen Fliegeleien ohne politische Grundlage gewesen zu sein. Das ist auch, wie mir berichtet worden ist, durchweg die Ansicht der Leiter der Verfassungsschutzämter der Länder. Der Fall in Köln aber scheint politischer Natur zu sein. Das muß aufgeklärt werden, und eventuell sind die Folgerungen daraus zu ziehen.

An meine deutschen jüdischen Mitbürger wende ich mich heute und sage ihnen, sie können völlig unbesorgt sein. Dieser Staat steht mit seiner ganzen Macht hinter ihnen, ich bürgе ihnen für dieses Wort...

Die Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus, die sich im deutschen Volke jetzt so spontan und einmütig offenbart hat, ist die gute Seite dieser abscheulichen Vorgänge.“

Der Bundestag zu den antisemitischen Vorfällen

Mit einer scharfen Verurteilung der antisemitischen Vorfälle begann der Bundestag seine erste Plenarsitzung in diesem Jahr. Für den erkrankten Bundestagspräsidenten Gerstenmaier gab Vizepräsident Carlo Schmid (SPD) die Erklärung ab. Mit ernster Stimme verlas Schmid vor dicht besetztem Haus die Erklärung des Parlaments gegen die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik.

Carlo Schmid sagte: „In der Weihnachtszeit haben üble Gesellen das Gotteshaus der jüdischen Gemeinde zu Köln mit Hakenkreuzen und antisemitischen Schmähungen beschmiert. Seitdem haben sich im Bundesgebiet weitere Fälle ähnlicher Sudeleien antisemitischen oder nazistischen Inhalts ereignet. Die Regierung wird dem Bundestag sicher in Kürze alles Material vorlegen.

Daß dies in unserem Lande geschehen konnte, ist eine Schande, die dadurch nicht geringer wird, daß auch in anderen Ländern Wände mit Hakenkreuzen und mit Schmähungen des jüdischen Volkes befleckt wurden. Wir Deutsche haben kein Recht, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Anderswo sind unter dem Hakenkreuz zwar Rüpeleien erfolgt,

¹ Vgl. o. S. 54f.

bei uns aber sind in seinem Zeichen sechs Millionen Juden ermordet worden.“

Darum sei, was in diesen Wochen in Deutschland geschah, in Deutschland schändlicher als anderswo. Daher müsse in der Bundesrepublik die Reaktion dagegen stärker sein und aus tieferen Einsichten kommen als bei den anderen, sagte Schmid.

Es sei sicher, daß die Exzesse recht verschiedene Ursachen und Urheber haben. In einigen Fällen mag Großmannssucht, der Wunsch, auch in die Wochenschau und in die Zeitung zu kommen, eine Rolle gespielt haben. In einigen Fällen sei politisches Sektierertum am Werke gewesen, das von irgendwoher gelenkt worden sein mag. In einigen Fällen habe sich Halbstarkentum breitgemacht.

„Wir sollten uns bei solchen Feststellungen nicht beruhigen. Daß diese Halbstarken, von denen die meisten 1945 keine zehn Jahre alt waren und noch keinen Juden von Angesicht zu Angesicht gesehen haben, sich nicht im Umwerfen von Autos und Einschlagen von Fenstern ausdrückten, sondern in antisemitischen Sudeleien, zeigt, daß es bei vielen unter der Schwelle des Bewußtseins noch unausgeräumte Unraturen gibt. Daran mögen Eltern schuld sein, daran mögen Lehrer schuld sein, daran mögen Minderwertigkeitsgefühle Schuld haben. Vielleicht gibt es da und dort noch ein seelisches Klima, das solche Gespenster beruft“, heißt es in der Erklärung.

„Daß es so ist, geht uns alle an. Hier liegt für uns alle eine Aufgabe. Und wenn wir mit dieser Aufgabe nicht fertig werden, wird unser Volk nicht gesunden. Solange bei uns einer sagen kann, ohne fürchten zu müssen, daß man ihm den Rücken kehrt, das Verhalten des Dritten Reiches den Juden gegenüber sei eine schlimme Dummheit gewesen, habe es doch uns die ganze Welt zu Feinden gemacht, solange bei uns in der Absicht zu exkulpieren, darüber diskutiert werden kann, ob sechs Millionen oder nur drei Millionen Juden ermordet worden sind, solange bei uns nicht jedes Kind belehrt worden ist und begriffen hat, daß das Problem nicht ist, ob sechs oder drei Millionen, sondern ob null oder einer ermordet worden sind, solange haben auch jene in unserem Volk, die in der verruchten Zeit saubere Hände behielten, versagt.“

Vor allem aber werden wir versagen, solange wir, was an den Synagogen getan worden ist, in erster Linie nicht unter dem Aspekt der Moral, sondern unter dem Gesichtswinkel des möglichen Schadens betrachten, den die Bundesrepublik politisch erlitten haben mag. Manche haben bedauert, daß die Presse von diesem Schmutz so viel Aufhebens gemacht habe. Vor allem haben dies auch Vertreter der jüdischen Gemeinden getan. Sicher ist durch dieses Aufheben ein Dutzend Halbstärke mehr bestärkt worden. Vielleicht war dies aber gut. Es gibt Lagen, in denen man die schlafenden Höllenhunde wecken muß, um mit ihrem Gebelle inne zu werden, wie nahe wir der Hölle noch sind. Nur indem wir jenes Finstere, das da und dort in unserem Volke noch sein Unwesen treibt, auflösen, werden wir es bannen!...“

(Aus: Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle in der Zeit v. 25. Dez. 1959 bis z. 28. Jan. 1960. Hrsg. v. d. Bundesregierung. Bonn 1960. S. 42f.)

1 Dem amtlichen Protokoll der 103. Sitzung des Deutschen Bundestages, Bonn, 18. 2. 1960, S. 5599 entnehmen wir aus einer vielbeachteten Rede des Abgeordneten Dr. Kopf (CDU) das Folgende:

„Die Denkschrift der Bundesregierung hat das Verdienst, den Umfang und das Ausmaß der verwerflichen und bedauerlichen Vorkommnisse zu beschreiben, den Täterkreis aus seiner Anonymität hervorzuheben und manifeste und unterschwellige Beweggründe der Täter bloßzulegen. Aber das, was uns zutiefst erschreckt, liegt nicht so sehr im Ausmaß der festgestellten Fälle, nicht in ihrem Verlauf, der mit einer an-schwellenden und sodann verebbenden Welle verglichen werden könnte, sondern im Zustandekommen des Einzelfalles selber. Mag der einzelne Fall wie ein Ansteckungsherd ähnlich gelagerter Fälle hervorrufen, in ihm kommt das Untergründige der menschlichen Natur zum Vorschein. . . Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in einer Verlautbarung unter anderem ausgeführt:

Wir erblicken in der gegenwärtigen Stunde eine der vornehmsten Verpflichtungen darin, unsern jüdischen Mitbürgern das Bewußtsein un-

Gedenken für die Toten von Belsen

Bergen-Belsen, 2. Februar (dpa). Bundeskanzler Dr. Adenauer und Mitglieder des Bundeskabinetts gedachten am Dienstag auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Bergen-Belsen im Landkreis Celle der Millionen jüdischer Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Mehrere hundert Menschen standen in stiller Andacht auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers, als der Bundeskanzler in Begleitung von Bundesverteidigungsminister Strauß, Bundeswohnungsbauminister Lücke und des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, einen Kranz am Obelisk vor der Ehrenanlage niederlegte.

Anlaß des Besuches von Bundeskanzler Dr. Adenauer war die Fahrt einer Delegation der Konferenz für jüdische Wiedergutmachungsforderungen in Amsterdam nach Bergen-Belsen. In den Sammelgräbern des einstmaligen 350 000 Quadratmeter großen Konzentrationslagers ruhen etwa 30 000 Menschen, in der Mehrzahl Juden, unter ihnen auch die durch ihr Tagebuch bekannt gewordene Anne Frank.

Bei einer Gedenkstunde im Anschluß an die Kranzniederlegung versicherte Bundeskanzler Adenauer, daß sich in Zukunft alle Juden in Deutschland sicher fühlen sollten. Die für die Zwischenfälle der letzten Wochen Verantwortlichen würden energisch bestraft. Deutschland achte alle Rassen und Völker. Es werde in der Erziehung der Jugend alles tun, daß sich Ereignisse wie zur nationalsozialistischen Zeit nicht mehr wiederholten.

Sein tiefes Mitgefühl, so sagte der Bundeskanzler, gelte den Opfern der nationalsozialistischen Diktatur, vor allem den Angehörigen des jüdischen Glaubens. Er gedenke aber auch der vielen deutschen, polnischen und tschechischen Häftlinge, die hier eine schreckliche Zeit verbrachten. Deutschland wolle alles tun, daß jeder Mensch jeder Rasse und jeder Nation in Zukunft das Recht, die Sicherheit und die Freiheit genießen könne.

Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Dr. Goldmann, dankte dem Kanzler für die Versicherung, daß Deutschland durch die Erziehung der Jugend seine Rückkehr zu den Schrecken der Nazizeit verhindern wolle. Diese Zeit könne weder das jüdische noch das deutsche Volk vergessen, es komme nun darauf an, sie zu überwinden. Die bisher sichtbaren Ansätze seien gut. Dr. Adenauer werde heute als Repräsentant des neuen Deutschland angesehen.

(In: Badische Zeitung, Freiburg, 3. 2. 1960.)

*

Zur Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen hat Bundespräsident Lübke dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, in einem Telegramm seine Verbundenheit mit den Teilnehmern der Kundgebung bezeugt. Er fügte hinzu: „Mit Ihnen ehre ich die Opfer, die in den Lagern und Zuchthäusern unter der nationalsozialistischen Brutalität gelitten haben.“ Die Schande, die Rassenhaß, Völkerhaß und Intoleranz auf den deutschen Namen geladen hätten, sollte Verpflichtung sein, „mit unserer ganzen Kraft das Bewußtsein wachzuhalten, daß totalitäre Systeme Freiheit und Menschenwürde mißachten und deshalb verabscheuungswürdig sind.“ Wo immer noch Gefangene schuldlos das Opfer solcher Systeme seien, sollten sie wissen, „daß

eingeschränkt gleichen Heimatrechts in unserer deutschen Gesellschaft wieder zurückzugeben.

Es soll aber aus der großen Zahl von Stellungnahmen aus der Mitte der christlichen Kirchen ein Wort wiedergegeben werden, das in der Maienblüte des Antisemitismus Papst Pius XII. in seiner Rundfunkansprache zum Weihnachtsfest 1942 ausgesprochen hat:

Die Rechtsordnung hat weiterhin die hohe und schwere Aufgabe, den Ausgleich zu sichern zwischen den einzelnen sowie zwischen den Gemeinschaftsgliederungen und in diesen selbst. Erreicht wird dieses Ziel dann, wenn die Gesetzgeber sich fernhalten von jenen bedenkliehen, gemeinschaftsschädlichen und aufspaltenden Rechtslehren und Rechtsübungen, die ihr Entstehen und ihre Verbreitung einer Reihe irriger Voraussetzungen verdanken. Zu ihnen zählt die Auffassung, die ausschließlich einer bestimmten Nation oder Menschenart oder Klasse das Rechtsempfinden zuerkennt und dies als letzte Rechtsquelle und Rechtsnorm bezeichnet, gegen die es keine Berufung gibt.“

Das Judentum in der Welt

Die jüdische Volks- und Religionsgemeinschaft führt sich auf den **Bund Gottes** mit den Ervätern und mit dem gesamten Volke am Berg Sinai zurück. Die Juden konstituierten sich durch den Bund mit Gott zum Volk (oder richtiger: wurden von Gott so konstituiert). Durch diesen war zugleich die gemeinsame Religion gegeben. Die Konstitution als Volk — die einzige, die die Geschichte kennt — ist also *theologisch* bestimmt. Erst im 19. Jahrhundert versuchten einzelne Gruppen sich als „Religionsgemeinschaft“ und das Judentum als **bloße Religion** zu verstehen; seit Beginn des 20. Jahrhunderts gibt es andererseits Gruppen, die das Judentum als **ethnische Gemeinschaft** verstehen, der das religiöse Bekenntnis untergeordnet ist. Diese Schwierigkeiten erwachsen aus der Tatsache, daß die einzigartige heilsgeschichtliche Zielsetzung des Bundesvolkes eine *nur* nationale oder *nur* religiöse Existenz ausschließen: die eine ist mit der anderen identisch.

Nach dem jüdischen Religionsgesetz gilt als Jude jeder, der von einer jüdischen Mutter geboren oder aber der in den Bund aufgenommen wurde (Übertritt zum Judentum — die jüdische *Heidenmission* wurde allerdings im frühen Mittelalter eingestellt). Diese Kriterien werden auch von den agnostischen (aber nationalen) Juden im wesentlichen anerkannt.

Die **Zerstreuung** der Juden begann mit dem Untergang des Reiches Israel im 8. Jahrhundert vor Christus. Schon um die Zeitenwende lebten wahrscheinlich mehr Juden und Proselyten außerhalb Palästinas als im Lande selber. Nach der Eroberung Palästinas durch die Muslime wurde die Zerstreuung total. Der Verlust der Eigenstaatlichkeit hatte nicht den Untergang des Volkes zur Folge, weil die Konstitution als Bundesvolk nicht territorial gebunden, sondern auf das verheißene Land Israel ausgerichtet war.

Die **theologischen Lehren** des Judentums sind bis auf einige elementare Glaubenssätze nicht *dogmatisch* fixiert (das lebendige Gotteserlebnis ließ dies nicht zu); daher gab es innerhalb des Judentums immer ausgesprochen heterogene Strömungen und Sekten, ohne daß es zu einem Schisma kommen konnte (wirkliche Loslösung nur im Fall der Karäer). Fixiert dagegen wurden die *rituellen* und *moralischen Vorschriften*, in denen der Glaube an den einzigen Gott und die Annahme der *Gottesherrschaft* ihren Ausdruck fanden. Nach der Zerstörung des zweiten Tempels hat sich die pharisäische Richtung durchgesetzt.

Das Judentum kennt seit dem Verlust der Eigenstaatlichkeit weder zentrale **Institutionen** noch eine Hierarchie. Das Priestertum ist mit dem Untergang des Tempelkultes, an dessen Stelle die Liturgie trat, für die Praxis bedeutungslos geworden. Die Organisationsform ist die Gemeinde, der ein Gemeinderat und der

Rabbiner bzw. ein Rabbinat vorsteht. Die regionalen Zusammenschlüsse der Gemeinden funktionieren auf der Basis der freiwilligen Anerkennung. Eine das gesamte Judentum repräsentierende Institution gibt es nicht.

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich durch die geographisch bedingte Trennung verschiedene **Riten** herausgebildet. Diese unterscheiden sich durch verschiedenes Brauchtum und Abweichungen in der Liturgie. Zu einer faktischen Spaltung (doch nicht zum Schisma) führte die Gründung von *reformierten* Gemeinden im 19. Jahrhundert (Mitteleuropa, USA), die eine modernisierende Reform der Liturgie und der religiösen Praxis durchführten (starke Erleichterung der Ritualgesetze bei Betonung der moral-ethischen Vorschriften, Aufgabe des Selbstverständnisses als Volk und Konstituierung des Judentums als Konfession). Heute sind etwa 20 bis 25 % der Juden als „orthodox“ oder „konservativ“ (eine gemilderte Form der Orthodoxie) anzusehen. Ein gleicher Teil dürfte vollkommen agnostisch sein. Vielleicht 10 % mögen den verschiedenen Richtungen der Reformbewegung oder liberalen Gemeinden angehören. Der Rest hat keine bestimmbare Position, zum mindesten was die religiöse Praxis betrifft. (Vgl. „Die religiöse Situation des Judentums“, Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 470 ff.)

Die Gründung des **Staates Israel** hat für das religiöse Judentum keine wesentliche Bedeutung; es handelt sich um eine ausschließlich weltliche Staatenbildung, nicht um die von Gott verheißene Wiederherstellung des Reiches Israel — wobei es dem einzelnen unbenommen bleibt, der Entwicklung dennoch eine heilsgeschichtliche Bedeutung zuzuerkennen. Auch politisch ist die Bedeutung des Staates Israel auf das Land selber beschränkt, obwohl der Staat jedem Juden das „Recht auf Heimkehr“ gewährt; damit hätte die sogenannte

„Heimatlosigkeit“ der Juden ein Ende, nicht jedoch das heilsgeschichtlich zu verstehende „Exil“. Es wird nicht gewünscht, daß die Juden ihre Heimatrechte an ihren bisherigen Wohnsitzen aufgeben, da der Staat wenigstens in den nächsten Jahrzehnten unmöglich alle Juden aufnehmen kann.

Die Staatsgründung hat allerdings das nationale *Selbstbewußtsein* der meisten Juden gestärkt, gleichgültig ob dieses ein geschichtlich-nationales oder ein religiös-nationales ist. Es ist anzunehmen und entspricht den Zielen des jüdischen Staates, daß Israel im Laufe der Jahre zu einem kulturellen und geistigen und möglicherweise auch zu einem religiösen Zentrum der jüdischen Diaspora wird. (Vgl. 12. Jhg., S. 31 ff.)

In fast allen Staaten der westlichen Welt sind die Juden heute **gleichberechtigte Bürger** und können in der Regel ihre Religion uneingeschränkt ausüben. In den *arabischen*

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bis 1900 lebten mehr als 80 % aller Juden in Europa. Der Anteil Amerikas stieg — vor allem durch die osteuropäischen Auswanderungswellen (russische Pogrome 1905) — von 0,3 % (1825) auf 30 % (1930). Der Anteil Asiens und Afrikas blieb mit 7 bis 8 % relativ konstant.

Durch die nationalsozialistische Verfolgung wurde das Weltjudentum von 1939 bis 1946 von 16,6 auf 11 Millionen, d.h. um ein Drittel, dezimiert (Seite 4). Das Schwergewicht verlagerte sich in die USA (45 %); der Anteil Europas sank von 62 % (1930) auf 31 % (1958). In Israel leben 16 % aller Juden (Seite 3).

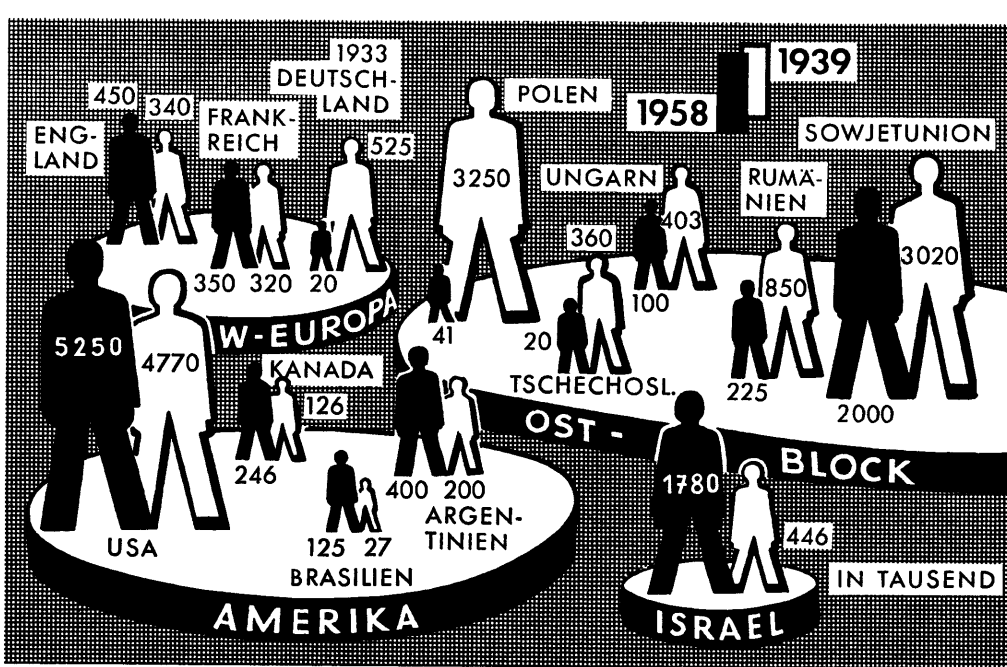
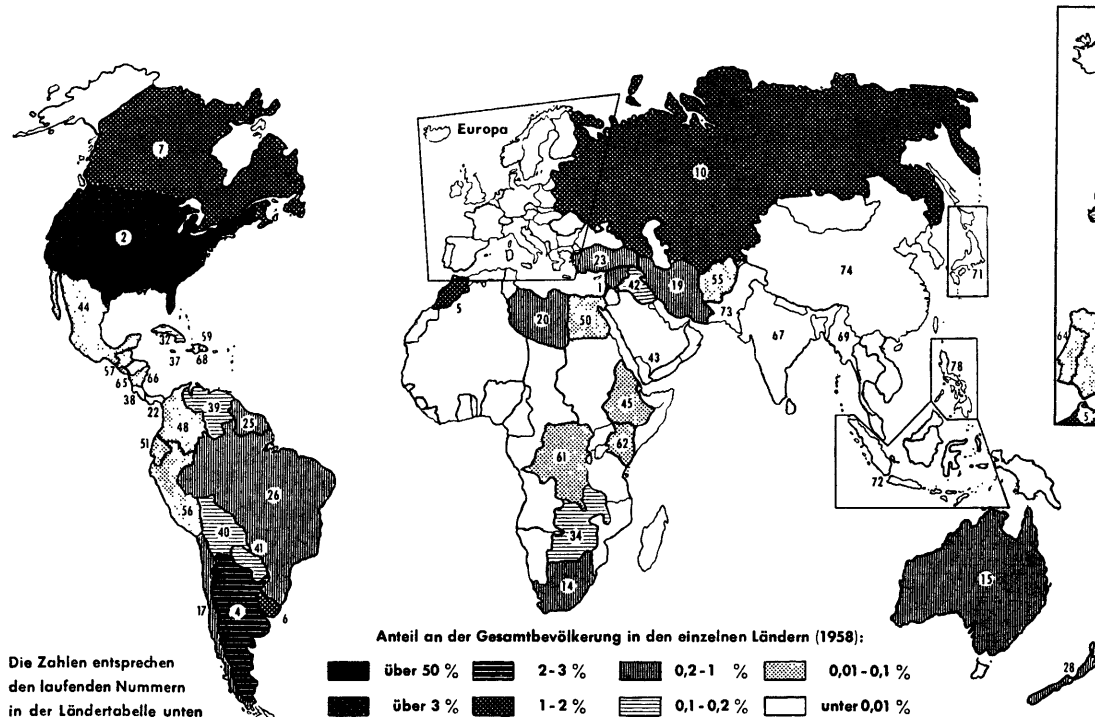
Die Juden und ihr Anteil an der Bevölkerung nach Kontinenten:

	1958	1945/46	1939	1920/30	1880
Nordamerika	5 520 000 2,5 %	3,0 %	3,1 %	3,0 %	0,5 %
Europa	3 400 000 0,5 %	0,6 %	1,8 %	1,9 %	1,9 %
Afrika	ca. 560 000 0,5 %	0,6 %	0,7 %	0,7 %	
Australien	65 000 0,5 %	0,4 %	0,4 %	0,3 %	
Lateinamerika	655 000 0,4 %	0,4 %		0,3 %	
Asien	1 910 000 0,14 %	0,07 %	0,07 %	0,1 %	0,04 %

Der Anteil an der Weltbevölkerung beträgt 0,4 % (Katholiken 18 %, Reformationskirchen 9 %, Orthodoxe rd. 5 %, Muslimen 13 %, vgl. Soziographische Beilagen Nr. 1, 3, 5, 10).

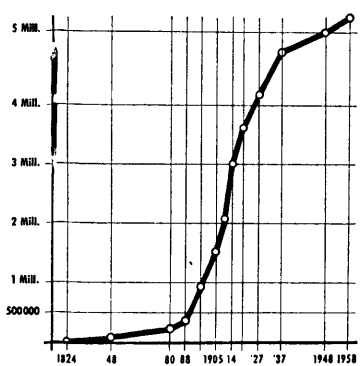
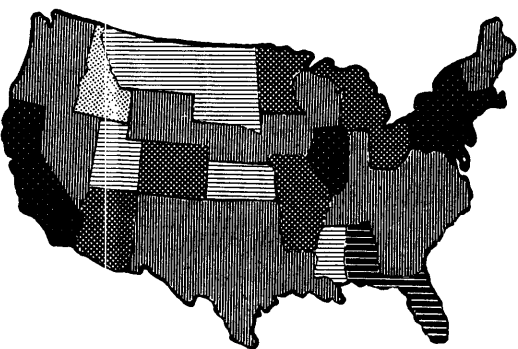
Das Judentum in der Welt

(Erläuterungen auf Seite 1)

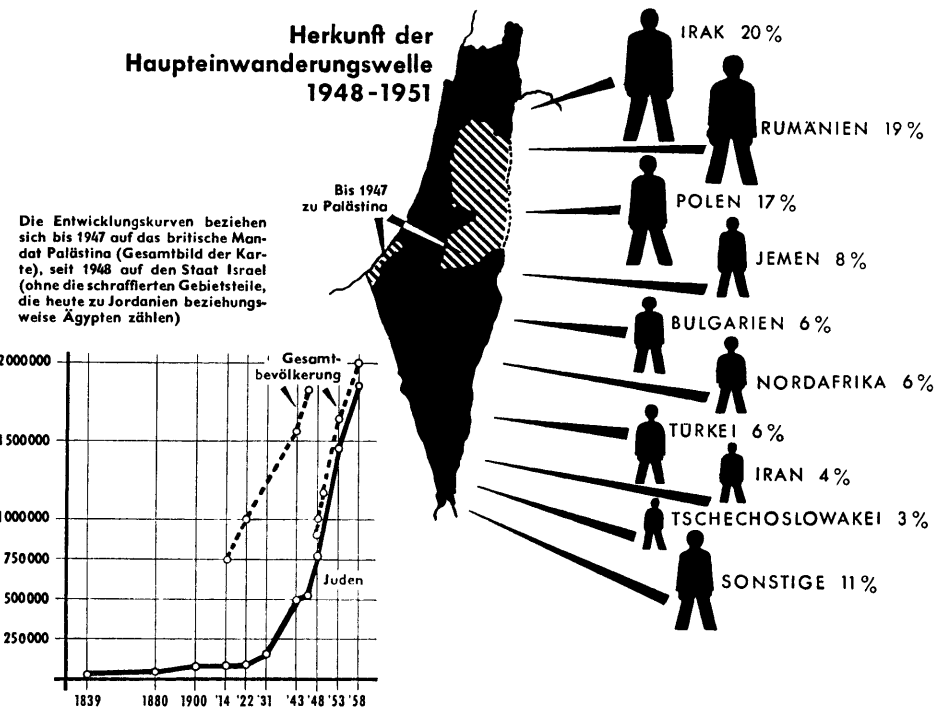


Dezimierung und Umschichtung 1939-1958

	1958	1945	1939	1920/30	früher		1958	1945	1939	1920/30	früher
1 Israel	1 780 000	89 %	32	31	27 (1935)	11 (1922)	38 Costa Rica	1 500	0,14 %	0,01	
2 USA	5 250 000	3,0 %	3,7	3,7	3,4		39 Venezuela	8 000	0,13 %	0,04	0,01
3 Tunesien	80 000	2,1 %	2,5	2,3	2,3		40 Bolivien	4 000	0,13 %	0,15	
4 Argentinien	400 000	2,0 %	2,6	2,0	1,8	0,1 (1895)	41 Paraguay	2 000	0,12 %	0,29	0,05
5 Marokko	200 000	1,9 %	3,5	3,5	2,2		42 Irak	5 000	0,10 %	2,4	2,4 3,5
6 Uruguay	50 000	1,9 %	1,7	0,03			43 Jemen	3 500	0,10 %	2	5
7 Kanada	246 000	1,5 %	1,5	1,4	1,5		44 Mexiko	26 000	0,08 %	0,08	0,1 0,1
8 Rumänien	225 000	1,3 %	2,5	4,5	5,0	4,0 (1880/1900)	45 Äthiopien	12 000	0,08 %	0,5	0,5 0,5
9 Algerien	130 000	1,3 %	2,0	1,6	1,4		46 Griechenland	6 500	0,08 %	0,1	1,0 2,0
10 Sowjetunion	2 000 000	1,0 %	1,1	1,6		11 (europ. Teil 1897)	47 Bulgarien	6 000	0,08 %	0,7	0,8 0,8
11 Ungarn	100 000	1,0 %	1,8	4,5	4,9		48 Kolumbien	9 000	0,07 %	0,06	0,04 0,001
12 England	450 000	0,9 %	0,7	0,7	0,6	0,25 (1880)	49 Italien	32 000	0,06 %	0,06	0,12 0,10 0,13 (1871)
13 Frankreich	350 000	0,8 %	0,5	0,8	0,5	0,26 (1880)	50 Ägypten	15 000	0,06 %	0,4	0,4 0,5 0,3 (1898)
14 Südafrik. Union	110 000	0,8 %	0,9	0,9	1,0		51 Ecuador	2 000	0,05 %	0,1	
15 Australien	60 000	0,6 %	0,4	0,4	0,3		52 Deutschland	30 000	0,04 %	0,35	0,9 1,2 (1870/90)
16 Belgien	35 000	0,4 %	0,4	1,2	0,6	0,05 (1891)	53 Jugoslawien	7 000	0,04 %	0,07	0,5 0,5
17 Chile	30 000	0,4 %	0,5	0,1	0,1	0,1 (1915)	54 Finnland	1 900	0,04 %	0,04	0,04 0,05
18 Schweiz	19 000	0,37 %	0,6	0,6	0,5	0,3 (1900)	55 Afghanistan	4 000	0,03 %	0,05	0,07 0,06
19 Iran	80 000	0,36 %	0,23	0,23	0,44		56 Peru	3 000	0,03 %	0,03	0,005
20 Libyen	3 800	0,35 %	3,4	3,4	2,5		57 Guatemala	1 000	0,03 %	0,03	
21 Luxemburg	1 000	0,30 %	0,2	1,0	0,75		58 Norwegen	1 000	0,03 %	0,03	0,1 0,05
22 Panama	2 500	0,25 %	0,18	0,17			59 Dominik. Republik	600	0,02 %	0,05	0,06
23 Türkei	60 000	0,24 %	0,3	0,3	0,6	1,7 (1890)	60 Albanien	300	0,02 %	0,03	0,02 1,3 (1914)
24 Niederlande	26 000	0,23 %	0,3	1,7	1,9	2,0 (1900)	61 Belgisch-Kongo	2 000	0,015 %		0,002
25 Guyana	2 100	0,22 %	0,3				62 Kenia	1 000	0,015 %		0,005
26 Brasilien	125 000	0,20 %	0,25	0,12	0,17		63 Spanien	3 000	0,010 %	0,013	0,018 0,020
27 Libanon/Syrien	12 000	0,20 %	1,0	1,0	1,0		64 Portugal	750	0,010 %	0,05	0,05 0,015
28 Neuseeland	4 500	0,20 %	0,2	0,2	0,19		65 El Salvador	200	0,010 %	0,01	
29 Schweden	13 000	0,19 %	0,23	0,12	0,12	0,07 (1890)	66 Nicaragua	150	0,010 %	0,01	
30 Irland	5 400	0,19 %	0,16	0,14	0,12		67 Indien	25 000	0,008 %	0,008	0,008 0,008
31 Österreich	11 300	0,16 %	0,9	4			68 Haiti	200	0,007 %	0,005	0,007
32 Kuba	11 000	0,16 %	0,23	0,20	0,20		69 Burma	500	0,002 %		
33 Tschechoslowakei	20 000	0,15 %	0,4	2,4	2,4		70 Philippinen	500	0,002 %	0,006	0,006 0,004
34 Rhodesien	7 000	0,15 %	0,15	0,15	0,07		71 Japan	1 000	0,001 %	0,002	0,002 0,001
35 Polen	41 000	0,14 %	0,4	9,4	9,4	14 (1897)	72 Indonesien	500	0,001 %		
36 Dänemark	6 500	0,14 %	0,13	0,2	0,17	0,18 (1870)	73 Pakistan	400	0,001 %		
37 Jamaika	2 200	0,14 %	0,18	0,1			74 China	400	0,001 %	0,006	0,006 0,003

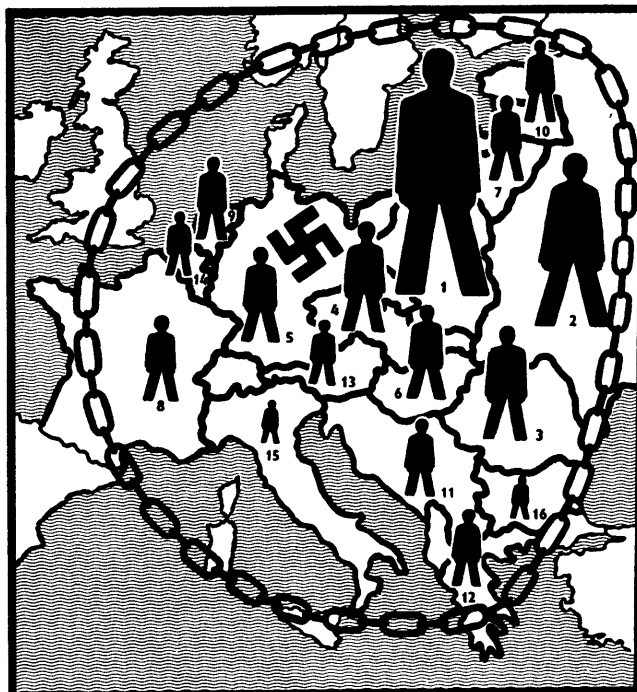


Die Juden in USA



Die Juden in Palästina/Israel

Die nationalsozialistische Judenvernichtung



	Vor der Verfolgung	Zahl der Verluste	
1 Polen	3 300 000	2 900 000	= 88 %
2 Besetzte Sowjetunion	2 100 000	1 000 000	= 48 %
3 Rumänien	850 000	420 000	= 49 %
4 Tschechoslowakei	360 000	300 000	= 83 %
5 Deutschland	240 000	200 000	= 83 %
6 Ungarn	403 000	200 000	= 50 %
7 Litauen	155 000	135 000	= 87 %
8 Frankreich	300 000	130 000	= 43 %
9 Niederlande	150 000	120 000	= 80 %
10 Lettland	95 000	85 000	= 89 %
11 Jugoslawien	75 000	65 000	= 87 %
12 Griechenland	75 000	60 000	= 80 %
13 Österreich	60 000	40 000	= 67 %
14 Belgien	100 000	40 000	= 40 %
15 Italien	75 000	15 000	= 26 %
16 Bulgarien	50 000	7 000	= 14 %
	8 370 000	5 717 000	= 68 %

Der größte Teil der Verluste des europäischen Judentums wurde durch den Nationalsozialismus verursacht. Die Zahl der getöteten oder gewaltsam umgekommenen deutschen Juden beträgt etwa 200 000, die Zahl der zwischen 1933 und 1942 ausgewanderten knapp 300 000. In Osteuropa war die Zahl derer, die auswandern konnten, minimal. Am erschütterndsten ist das Schicksal der jüdischen Kinder: Nach den verschiedenen Volkszählungen gab es in Deutschland, Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und den besetzten Teilen der Sowjetunion 1,8 Millionen jüdische Kinder unter 14 Jahren; von ihnen sind nur 280 000 dem NS-Vernichtungssystem entronnen. Alle diese Zahlen sind durch wissenschaftliche Forschungsarbeiten von deutscher, amerikanischer, englischer und französischer Seite in der Größenordnung gesichert und unbezweifelbar.

(Fortsetzung von Seite 1)

Staaten sind sie (soweit sie noch nicht ausgewandert sind) einem politischen Druck ausgesetzt, der zuweilen in Pogrome ausartet. In den Staaten des Sowjetblocks — mit Ausnahme von Polen — ist ihnen jede zionistische Betätigung untersagt; die Auswanderung nach Israel ist teilweise völlig unmöglich (UdSSR), teilweise behindert (Rumänien). In der Sowjetunion begann 1952 der Bolschewismus auch die kul-

turelle Aktivität zu unterdrücken, um eine totale Assimilation der Juden zu erreichen. Das kommt einer geistigen Vertilgung des Judentums gleich.

Als Quellen standen für unsere Darstellung zur Verfügung:
The Jewish Encyclopedia, New York/London 1901—1906 (12 Bände)
Encyclopaedia Judaica, Berlin 1928—1934 (10 Bände, nur bis Lyra)
American Jewish Yearbook, New York/Philadelphia, Band 35 (1933), 49 (1947), 50 (1948), 60 (1959)
 Arnold M. Goldberg, *Integration in Israel*. In: *Deus lo vult*, Nr. 6, Mai 1955
 Kurt R. Großmann, *Wie hoch sind die jüdischen Verluste?* In: *Rheinischer Merkur* 1959, Nr. 10

wir mit ihnen fühlen und aus ihrem Leid die sich täglich erneuernde Aufforderung entnehmen, uns für eine von den Menschenrechten erfüllte Welt einzusetzen“.

*

Brandt an Ben Gurion

Der Regierende Berliner Bürgermeister Willy Brandt hat dem israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion in einem Schreiben versichert, daß die Berliner Bevölkerung alles tun werde, um die Jugend über die scheußlichen Verbrechen des Hitler-Regimes aufzuklären. Dies sei ein Teil der Maßnahmen, um ein Wiederaufleben neonazistischer und antisemitischer Provokationen zu verhindern.

Der Vatikanseher brachte vom 9. Januar den folgenden Kommentar, den wir übersetzt wiedergeben:

„Antisemitische Kundgebungen. Seit einigen Wochen äußert die öffentliche Meinung der Welt eine gewisse Besorgnis über verschiedene antisemitische Kundgebungen, die sich in rascher Folge in mehreren europäischen und in Ländern in Übersee ereigneten. Bisher handelt es sich nur um Anbringung von Aufschriften und Zeichen an Synagogen von unbekannter Hand. Die Bewegung, wenn man sie so nennen kann, die von Köln in Deutschland ausging, griff nicht nur auf andere Städte der Bundesrepublik über, sondern zeigte sich auch in anderen Ländern, in denen das Hakenkreuz, das Symbol des Nationalsozialismus, niemals in Ehren war.

Die internationale Presse hat die Erklärungen des Bedauerns von seiten der Regierungen über derartige Zeichen einer Intoleranz mit Genugtuung aufgenommen. Nicht zuletzt beklagen die Christen jeden Versuch einer Wiederbelebung des „rassischen“ oder antisemitischen Ungeistes, die darin eine der gefährlichen Formen des Kollektivhasses und einer unedlen Gesinnung sehen.

Der Antisemitismus ist Haß und Furcht zugleich: Beide sind unvernünftig, kollektiv erregt, verdunkeln beide den Verstand und sind schlechte Ratgeber für das Handeln.

Der Haß ist in der Lage, einen gewalttätigen Zusammenstoß auszulösen, der um so gefährlicher ist, je blinder die ihn begleitende Furcht ist. Und im Augenblick des Zuschlagens zeigen sich diese bei allen Pogromen – wie bei den fürchterlichen Liquidationen von Bergen-Belsen oder wie an den anderen Orten, die sich aus dem Wahnsinn des Antisemitismus herleiten lassen – um so unmenschlicher, je mehr sie glauben, sich mit Gewalt von ihrer ursprünglichen Furcht loskaufen zu können.

Da der Antisemitismus im allgemeinen auf einer Kollektivebene beruht, bei der das Gewissen des einzelnen vom verantwortungslosen Druck der Massen erstickt wird, entzieht er sich schließlich auch dem letzten Rest von Vernunft, dessen er sich zu Beginn noch rühmen konnte: Der vernünftige Mensch bleibt nicht nur ausgeschaltet, sondern wird auch noch von der kollektiven Unvernunft vernichtet.

Es genügt, sich der schrecklichen Lehre der jüngsten Vergangenheit zu erinnern. Schon Papst Pius XII. bemerkte, als er eine Gruppe jüdischer Flüchtlinge am 29. November 1945 empfing: „Die Abgründe der Uneinigkeit, des Hasses und Verfolgungswahns, die – im Gegensatz zum edlen und wahrhaft christlichen Geist des Menschen – durch den Einfluß irriger und intoleranter Lehren zwischen den Völkern und Rassen aufgetan wurden, haben unzählige unschuldige Opfer verschlungen, auch unter denen, die an den Kriegsgeschehnissen keinen aktiven Anteil hatten.“ (Disc. e Radiom. VII, 293).

Nach fünfzehn Jahren ist es schmerzhaft, diese Mahnung erneut von höchster Stelle aus in Erinnerung rufen zu müssen. Im Namen des christlichen Gewissens, der menschlichen Gefühle und der Tausenden von Israeliten, die Opfer der „rassischen“ Verfolgung wurden, ist es notwendig, die Völker und

vor allem eine bestimmte Jugend gegen jedes Wiederaufkommen des beklagenswerten „Rasse“-Wahns zur Wachsamkeit aufzurufen.

Spende der Evangelischen Kirche

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Otto Dibelius, hat in einem Telegramm an den israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion die antisemitischen und neonazistischen Ausschreitungen der jüngsten Zeit verurteilt und dem Staate Israel eine Spende der Evangelischen Kirche in Deutschland in Höhe von 100 000 Mark zur Verfügung gestellt. [vgl. u. S. 68, 13/1]

Das Telegramm des Bischofs lautete: „Die Christenheit Deutschlands steht in tiefer Betroffenheit und mit Abscheu den Geschehnissen der letzten Tage und Wochen gegenüber. Ich möchte diese unsere Empfindung hierdurch zum Ausdruck bringen und bitte gleichzeitig darum, aus einer soeben beendeten Hilfsaktion 100 000 Mark für Notstände unter den israelischen Einwanderern zur Verfügung stellen zu dürfen.“

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden“ XIV/42 [Düsseldorf, 15. 1. 1960].)

Ein Appell an die Studenten

Rektor und Senat sowie der Allgemeine Studentenausschuß haben an alle Angehörigen der Universität Freiburg i. Br. einen Appell gerichtet, bei der Ermittlung des Täters oder Urhebers der Kritzeleien im Kollegiengebäude mitzuhelfen.

Der Appell, der ausgehängt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„An alle Angehörigen der Universität!

Hakenkreuze wurden an Wände der Universität gekritzelt. Dies war ein verächtlicher Akt politischer Verneinung der Grundprinzipien unseres freiheitlichen Rechtsstaates und der von ihm geschützten akademischen Freiheit. Es bliebe ein solcher Akt, auch wenn sein Motiv nichts anderes sein sollte als Lausbüberei. Darum müssen Rektor, Senat und Allgemeiner Studentenausschuß ihn deutlich als das bezeichnen, was er ist.

Sie erwarten gemeinsam von jedem Studenten, daß er die moralische und politische Tragweite dieses Aktes erkennt. Denn solche Handlungen setzen unsere Gesinnung eindeutiger Bejahung der Grundsätze, auf denen jedes anständige Staatswesen beruht, dem Zweifel aus und sind geeignet, uns in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Wir hoffen, daß der Täter kein Studierender gewesen ist, und daß der seit Wiedereröffnung unserer Universität bei uns herrschende und bewährte Geist maßvollen politischen Verhaltens auch in Zukunft nicht gestört wird.

Wir appellieren an alle Angehörigen unserer Universitätsgemeinschaft, bei der raschen Ermittlung des Täters oder der Urheber mitzuhelfen.“

(In: Badische Zeitung, Nr. 11 [15. 1. 1960].)

Katholischer Lehrerverband Baden zum Antisemitismus

Aus: *Der katholische Erzieher*: „Organ des Verbandes der katholischen Lehrerschaft Deutschlands“. (13/2, Februar 1960, S. 108.)

In der ersten Jahreskonferenz der katholischen Lehrerschaft Baden nahm der 1. Vorsitzende Mayer/Freiburg u. a. auch Stellung zu den antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik. Er wies zunächst darauf hin, daß die Lehrerverbände und insbesondere auch die katholische Lehrerschaft schon früher Stellung gegen diese bedauerlichen Erscheinungen genommen haben. In den Zeitschriften der Lehrerorganisationen wurde die Frage einer wirksamen Aufklärung durch die Schule des öfteren schon behandelt...

In der Presse ist nun auch in letzter Zeit wieder mehrfach auf die Verantwortung der Schule hingewiesen und auch bezweifelt worden, ob sie dahingehend ihre Aufgabe genügend erfülle. Die Meinung, daß der Einfluß der Schule besonders mit der im neuen Bildungsplan eingeführten Gemeinschaftskunde ausreiche, um die Jugend gegen antisemi-

tische und nationalsozialistische Einflüsse immun zu machen, ist irrig. Es müssen Wege gesucht werden, um mit politischer Aufklärung auch an die Familien heranzukommen. Von einer Lehrerin, die in der Oberklasse einer Landschule Gemeinschaftskunde gibt, ist mir aus dem Unterricht in diesen Tagen berichtet worden:

Frage der Lehrerin: „Was sagt ihr zu den Hakenkreuzschmierereien?“

Schüler G: „Das ist nicht recht!“

Lehrerin: „Was bedeutet eigentlich dieses Zeichen?“

Schüler J: „Das Hakenkreuz bedeutet Adolf Hitler.“

Lehrerin: „Was wißt ihr über Adolf Hitler?“

Schüler R: „Hitler war gar kein so schlechter Mensch.“

Schüler V: „Er hat nur Deutschland vergrößern wollen.“

Schüler R: „Mein Vater hat gesagt, Hitler hätte auch gesiegt, wenn er nicht von seinen Generälen verraten worden wäre.“

Schüler R: „Überhaupt haben wir die besten Soldaten gehabt.“

Schüler G: „Wer weiß, ob Hitler überhaupt tot ist, seine Leiche hat ja niemand gesehen.“

Schüler A: „Er ist schon tot, ich habe das in einer Illustrierten gelesen. Aber seine Freunde können nicht alle tot sein.“

Schüler M: „Vielleicht sind die es, welche die Hakenkreuzschmierereien angezettelt haben.“

Schüler J: „Ich glaube aber, daß die Kommunisten dahinter stecken. Die wollen uns damit schaden.“

Nachdem die Lehrerin von den Schrecknissen der Konzentrationslager, der getarnten Kriegsaufrüstung und den Vertragsbrüchen Hitlers berichtet, waren die Schüler sehr erstaunt und wurden sehr nachdenklich.

Der Nazigeist ist eben – auch selbst im Dorfe – noch nicht in allen Familien ausgelöscht. Es sind das wohl ehemalige kleine Nazifunktionäre, die für sich im „ewigen“ Reich noch allerlei erhofft hatten und nun durch den Ausgang der Dinge in Verbindung mit der Entnazifizierung noch verärgert sind. Hier steht die Schule oft vor großen Schwierigkeiten.

Im Gesetz 131 hätte man für die Wiedereinstellung von Lehrpersonen besondere Bestimmungen einbauen sollen. Die fast mechanische Anwendung des Gesetzes auch im Bereich der Schulen hat da und dort zu unglaublichen Zuständen geführt. Die verantwortungsbewußte Lehrerschaft ist darüber in großer Sorge.

[vgl. auch ‚Badische Volkszeitung‘, Karlsruhe, Nr. 20 vom 26. 1. 60, Red. d. Rundbriefs]

Es ist doch bekannt geworden, daß sich die Herren Kultusminister vor einiger Zeit darüber besprochen haben, wie man den Einfluß der Schule in der politischen Erziehung verstärken könnte. Man hörte damals auch von dem Vorschlag, den Geschichtsunterricht der oberen Klassen nur bestimmten Lehrkräften zu übertragen, die eine sichere Gewähr für ihre demokratische Gesinnung bieten.

Die Schulbehörden haben offenbar erkannt, daß die automatische Anwendung des Gesetzes 131 im Bereich der Schule ein Fehler war, so daß heute viele ehemalige wirkliche Nazi-Lehrer – nicht solche, die zu einer Funktion gezwungen wurden – wieder als Erzieher in der Schule stehen, oder sogar in leitenden Stellen der Behörde tätig sind. Es kann heute durchaus vorkommen, daß naziverfolgte Lehrer in ihrer bescheidenen Stellung verblieben sind und ehemals führende Nazis als Vorgesetzte haben.“

Es scheint geboten, diese Sachlage einmal aufzuzeigen und dazu anzuregen, daß die Dienstlaufbahn aller ehemaligen Nazifunktionäre einer Nachprüfung unterzogen wird, besonders dort, wo sie im Bereich der Schule in leitende Stellungen aufgerückt sind. Für ihre weitere Verwendung im Schuldienst müssen einwandfreie Beweise einer echten Gesinnungsänderung vorliegen. Es muß jetzt vor allem verhütet werden, daß auch noch ehemalige Kreisleiter der NSDAP durch 131 wieder in den Schuldienst zurückkehren können. Das verlangt die Autorität der Schule und der Behörde, aber auch das Ansehen des ganzen Volkes.

Warnruf der Weltorganisation der Juden aus Deutschland

Dr. S. Moses, Jerusalem, der Präsident des Council of Jews from Germany – der Weltorganisation der Juden aus Deutschland, deren Zentralbüro sich in London befindet –, hat an den Bundespräsidenten der Deutschen Bundesrepublik das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Das Präsidium des Council of Jews from Germany wendet sich in einer ernsten Stunde an den Bundespräsidenten der Deutschen Bundesrepublik. Die Organisation der aus Deutschland stammenden Juden in der Welt, die sich berufen fühlt, das Vermächtnis des deutschen Judentums zu bewahren, erhebt warnend ihre Stimme, nachdem offenbar geworden ist, daß die Schatten einer grauenvollen Vergangenheit wieder aufzusteigen drohen. Wir haben erlebt, wie im Zeichen des Hakenkreuzes aus kleinen Anfängen eine lawinenartig wachsende Bewegung entstanden ist, die zu unvorstellbaren Verbrechen geführt und auch dem Zusammenleben von Juden und Deutschen ein Ende bereitet hat. Wir haben erlebt, wie ein großes Volk zum willenlosen Werkzeug dieser Bewegung geworden ist, die die Vernichtung der Menschenwürde zum Ziel hatte. Jetzt mehren sich die Zeichen, daß die Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus mehr und mehr verdrängt wird und daß die dämonischen Kräfte wieder wach werden.“

Wir – in denen die Erinnerung an die furchtbaren Geschehnisse lebt zusammen mit dem Andenken an die Opfer, die wir zu beklagen hatten – wissen, daß keine Deklaration von Organisationen und keine Erklärungen von Regierungen drohendes Unheil abwenden werden. Nur eine grundsätzliche Änderung der Haltung zur erlebten Geschichte kann die Aussicht eröffnen, zu einer besseren Zukunft zu gelangen, die solche Schandtaten unmöglich macht. Helfen kann vor allem der mutige und unerschütterliche Entschluß, für eine Erziehung zu sorgen, die den Mut zur Wahrheit hat und der Jugend zeigt, daß das Hakenkreuz das Zeichen der Schande ist. Unsere Hoffnung ist, daß alle Menschen guten Willens, und an ihrer Spitze die Regierung der Bundesrepublik, die Symptome einer moralischen Erkrankung rechtzeitig erkennen und zielbewußt und rücksichtslos ihre Wurzeln ausrotten werden.“

(In: Münchner Jüdische Nachrichten [10/3] 22. 1. 1960.)

Nahum Goldmann in Bonn Eine Erklärung des Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses

R. Bonn, 21. Januar. Vor der in- und ausländischen Presse in Bonn hat der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, gesagt, die antisemitischen Ausschreitungen der jüngsten Zeit bedeuteten zwar keine unmittelbare Gefahr; aber die Gefahr liege darin, was werden könne, wenn nicht rechtzeitig vorgesorgt werde. Goldmann sagte, der Verdacht liegt nahe, daß eine zentrale Leitung dieser Aktionen bestehe. Er forderte die Regierungen auf, diese Frage zu untersuchen. Goldmann erinnerte daran, daß nach dem Zusammenbruch sehr viel Geld ins Ausland abgeflossen sei, das bis heute nicht entdeckt worden sei. Goldmann wies auf internationale Zusammenkünfte neofaschistischer Gruppen hin. Es sei nicht wahrscheinlich, daß das ganze von Kommunisten organisiert worden sei, wenn auch kommunistische Provokateure in einzelnen Fällen am Werk gewesen sein könnten. Die Araber trieben zwar – so sagte Goldmann – eine Politik gegen Israel, aber sie wollten dabei nicht antisemitisch sein. Allerdings gebe es in Kairo ein Zentrum alter Nationalsozialisten, die sich ungehemmt betätigen könnten. Goldmann nannte die Reaktion in der Bundesrepublik auf die Ausschreitungen in hohem Maße befriedigend. Er bezog sich dabei auf die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten, die Haltung eines Teiles der Jugend und das sehr energische Vorgehen in West-Berlin. Unzweifelhaft aber habe durch diese Vorfälle die Politik der Versöhnung von

Deutschen und Juden, die der Kanzler nachdrücklich betreibe, einen Rückschlag erlitten. Das Ansehen Deutschlands im Ausland sei geschädigt worden. Das deutsche Volk sollte die Vergangenheit nicht zu schnell vergessen.

(In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 8 vom 22. 1. 1960.)

Das Echo in Israel

Dem New Yorker „Aufbau“ (XXVI/3) vom 15. 2. 1960, S. 1, entnehmen wir:

Die Nachrichten über die Synagogenschändung in Köln, das Auftauchen von Hakenkreuzen in anderen Städten Deutschlands und schließlich in einem Dutzend anderen Ländern fanden eine breite Publizität in der israelischen Presse und wurden mit allem Ernste in den redaktionellen Kommentaren aller Zeitungen behandelt. Es war nur selbstverständlich, daß auch die Knesset, das Parlament Israels, seine Aufmerksamkeit dem Geschehnis zuwenden mußte, das die Bewohner des Staates und die Judenheit der Welt so tief aufzuwühlen vermochte. Die *raison d'être* des Staates bringt es zwangsläufig mit sich, daß die Verbundenheit mit dem jüdischen Volke besonders sichtbar und verantwortungsbewußt sich ausdrückt. Die Regierung gab durch ihren Sprecher, Justizminister Pinchas Rosen – Ministerpräsident Ben Gurion war zur Zeit krank und Außenminister Meir auf einer Afrikareise – unmißverständlich zu verstehen, daß Regierung und Bevölkerung Israels für alle Erscheinungen empfindlich sind, die die Juden in anderen Ländern betreffen. Minister Rosen gab in seiner Erklärung bekannt, das Außenministerium habe alle israelischen diplomatischen Vertreter angewiesen, besonders aufmerksam die Hakenkreuzwelle zu verfolgen und eingehend über alle mit ihr zusammenhängenden Vorfälle nach Jerusalem zu berichten. Die Regierung wird auf Grund dieser Berichte den Charakter der Vorkommnisse analysieren.

„Obgleich noch keine endgültigen Beweise vorliegen, gibt es einige Gründe für den Verdacht, daß eine internationale Organisation mit dem Zentrum in Deutschland oder anderswo, die jedoch auf alle Fälle die deutsche Sprache sogar in anderen Ländern verwendet, aktiv in dieser Angelegenheit ist.“

Diese letzten Ausbrüche antijüdischer Aufwiegelung, fuhr Minister Rosen fort, sollten die Völker, Regierungen, Parlamente und die Führer der politischen Parteien der Länder, in denen die Seuche des Judenhasses vorhanden ist, davon überzeugen, daß es nicht genügt, sich selbst von den Aufwieglern zu Unterdrückung und Völkermord zu distanzieren. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß dieses verabscheuungswürdige Phänomen mit allem gehörigen Ernste behandelt und radikal mit allen möglichen Mitteln ausgerottet werden müsse, bevor es sich von isolierten Lausbübereien zu einer Katastrophe für ganze Völker und die gesamte Menschheit entwickeln kann.

Die Knesset überwie die vorläufige weitere Behandlung des ganzen Problems ihrem Auswärtigen Ausschusse.

Die entschiedene aber ruhige Behandlung der Hakenkreuz-Inzidente durch die Knesset entspricht der allgemeinen Einstellung in Israel zu diesem Probleme. Seit dem grausamen Hitler-Erlebnis ist im gesamten jüdischen Volke – und in diesem Zusammenhange bildet Israel ein typisches Glied dieses Volkes – eine Art Trauma zurückgeblieben, die Furcht, nur ja nicht jemals wieder zuzulassen, daß ein so erschreckend gefährliches Phänomen in seiner wahren Fürchterlichkeit erst erkannt wird, wenn es bereits zu spät ist. Dieses „Trauma“ verleitet manchmal zu einer Überempfindlichkeit und Überschätzung aktueller Gefahr – es ist jedoch die beste Gewähr dafür, daß die Welt nicht mehr so verantwortungslos in eine Katastrophe schliddern darf wie anno dazumal.

Hans Weissberger

Malmö als Zentrale?

epd Stockholm. 8. Januar. Auf der Treppe der Dreifaltigkeitskirche in Karlskoga fand man am Sonntag ein großes

Hakenkreuz mit Schuhcreme gemalt. Das früher „deutsche Kirche“ genannte Gotteshaus wird von der etwa 30 Personen zählenden jüdischen Gemeinde Karlskoga benutzt. In Strömstad an der Westküste kam es zu ähnlichen Vorfällen, ebenso im Flur eines von Juden bewohnten Stockholmer Hauses. Bereits mehrere Monate vor der Schändung der Synagoge in Köln hatte man an einem Wohnhaus in Oslo ein großes schwarzes Hakenkreuz entdeckt. Die Synagoge in Stockholm steht unter besonderer Polizeibewachung.

Das schwedische Mitglied des Exekutivkomitees des Jüdischen Weltkongresses, Direktor Hilel Storch, teilte mit, daß seine Sektion seit Jahren antisemitische Tendenzen in schwedischen Lehrbüchern verfolge und bei der Regierung Verständnis für deren Eliminierung gefunden habe. Storch erinnerte daran, daß anläßlich der Stockholmer Tagung des Jüdischen Weltkongresses im August 1959 antisemitische Pamphlete verbreitet worden sind. Die Zentrale sei in Malmö zu vermuten. Auch Mitteilungen aus London weisen auf Malmö hin; eine dort 1950 gegründete „neonazistische“ Organisation, der 14 Ortsgruppen in Europa angeschlossen seien, stehe unter der Leitung des Schweden Per Engdahl.

Dr. Rupert Giessler

12/3) „Erziehung entscheidet unser Schicksal“

Pädagogische Probleme Israels in deutscher Lehrerzeitschrift

Die Allgemeine Wochenzeitung der Juden (XIII/10) Düsseldorf, 6. 6. 1958 schreibt:

„Hier müssen Tiefenschichten aufgebrochen, emotionale, mit den Mitteln der ratio kaum noch erreichbare Hemmungen abgetragen, hier muß der Schmutz beseitigt werden, hinter dem das wahre Bild durch eine teuflisch-gekonnte Propaganda verdeckt wurde“: mit diesem Satz, entnommen einem das Zeitgeschehen kommentierenden Leitartikel der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“ (Frankfurt a. M.) vom 1. Mai, geht das Organ der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund auf die antisemitischen Ausfälle des Offenburger Studienrats Ludwig Zind ein. Ihn hatte die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Darmstadt), die größte westdeutsche Lehrerorganisation, in ihrer Entschließung vom 12. Januar 1958 mit der Überschrift „Wehret den Anfängen – Wehret den neuen Anfängen!“ als eine „Schande, daß dieser Mann als Erzieher tätig ist“, öffentlich angeprangert. [vgl. Freiburger Rundbrief 41/44 S. 86]

Als die deutschen Lehrer im vergangenen August im Rahmen des Weltlehrerkongresses in Frankfurt a. M. erstmalig mit einer Delegation israelischer Lehrer (bestehend aus Shalom Levin, Awiezer Yellin, Dr. Zwi Zahavi, Zwi Eliav und Efraim Ginsberg) zusammentraf und den eindringlichen, ersten Appel des Sprechers dieser Vertretung vernahm, „daß Lehrer und Erzieher vor allem zur Humanität und Gerechtigkeit verpflichtet sind wie auch zum Kampfe für das Recht auf ein unabhängiges und individuelles Dasein einer jeden Nation gemäß den höchsten Idealen, die vor Jahrtausenden von den Propheten Israels verkündet wurden: den Idealen des Friedens und der Gerechtigkeit in der ganzen Welt“, konnten sie, wie Dr. K. Bungardt kürzlich rückblickend ausführte, mit nichts als nur mit der Versicherung des guten Willens antworten. Und Sir Ronald Gould, der Präsident des Weltverbandes und Leiter des vorjährigen Kongresses, nahm für alle das Wort und sprach von seiner Gewißheit, „daß die israelischen Lehrer, so auch die Lehrer, die heute und hier Deutschland vertreten, nach Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit strebten“.

Ein halbes Jahr danach wurde der Zind-Fall bekannt. Er erregte in Deutschland, aber auch im Ausland, in gebildeten und verantwortungsbewußten Kreisen jedenfalls, außerordentliche Bestürzung; ein Blatt vom Rang der „New York Times“ bemerkte zu dem aufsehenerregenden Vorgang (über den bekanntlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist),